

Rede zum Tag der politischen Gefangenen: Doppelmoral angreifen - Gefangene sind immer politisch

Gegen_Gewalt

Würzburg, 18. März 2021

Heute ist internationaler Tag zur Solidarität mit politischen Gefangenen. Aber wer sind diese politischen Gefangenen? Und vor allem: Welche Gefangenen sind es nicht, und was sind sie dann? Linke Anitrepressionsstrukturen und Bewegung greifen Polizeigewalt, Hausdurchsuchungen, Kontrolle, Überwachung, Inhaftierung von Menschen an, die sich für ihre politischen Ziele einsetzen und in diesem Staat repressiv unterdrückt werden. Es wird nach Solidarität gerufen, niemand soll alleine gelassen werden. Es gibt Aufrufe, Briefe an Gefangene zu schreiben, Gelder für Repressionskosten zu sammeln und solidarisch vor dem Gericht zu demonstrieren. Das alles ist wichtig und gut.

Aber was ist mit den anderen Gefangenen? Wenn wir uns das System Gefängnis ansehen, sehen wir schnell, dass es Herrschaftsstrukturen abbildet und aufrecht erhält – wenn nicht sogar sichert und immer wieder herstellt. Der allergrößte Anteil von Gefangenen ist von Armut betroffen, teilweise auch von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit. Die Kriminalisierung von Armen Menschen beginnt nicht erst beim Haftbefehl, sondern schon viel früher. Sanktionen und psychischer Druck und Erniedrigung durch das Jobcenter, Diskriminierung bei Sozialämtern, bei der Wohnungs- und Jobsuche. Klassistische Strukturen drängen viele Menschen dazu, gesetzliche Regeln zu übertreten. Die allermeisten Menschen „sitzen“ wegen kleineren Eigentumsdelikten (Diebstahl von Lebensmitteln oder legalen Drogen) oder aufgrund von Besitz und Beschaffung und Verkauf von illegalisierten Drogen. Jede*r 10. Gefangene sitzt seine Haftstrafe als Ersatzfreiheitsstrafe ab. Das heißt, wenn er*sie die eigentlich verhängte Geldstrafe nicht bezahlen konnte, wird sie in die schlimmste staatliche Strafe umgewandelt: in Freiheitsberaubung. Der Großteil der Ersatzfreiheitsstrafen geht wiederum zurück auf „Fahren ohne Ticket“. Armut und Strafe sind ein eng verwobenes System. Erst vor 15 Tagen ist ein obdachloser Mensch in Haft bei der Polizei in Würzburg gestorben. Grund für seine Inhaftierung: Verdacht (!) auf Eigentumsdelikt. Die Todesursache ist unklar, und wird selbstverständlich nur von der Polizei ermittelt – wo blieb der Aufschrei der Linken? Er verstummte. Obdachlose Menschen sind unsere Solidarität nicht wert.

Wer unterliegt nicht dem Trugschluss, dass Polizei und Gefängnis Sicherheit in einer Gesellschaft produziert? Aber wie geschieht das? Die andere Seite von Sicherheit ist Kriminalisierung. Die Sicherheit von wenigen bürgerlichen weißen Rechtssubjekten wird auf Kosten armer und/oder rassialisierter Subjekte vollzogen. Racial Profiling ist dabei nur eine Form, wie bestimmte Formen der Unsicherheit konstruiert werden müssen, um dem weißen bürgerlichen Rechtssubjekt das scheinbare Sicherheitsversprechen zu geben, wenn die Polizei einschreitet und möglichst hart durchgreift. Die internationale Abolitionistische Bewegung zeigt die kolonialen Kontinuitäten dieser Art der Kriminalisierung und massenhaften Inhaftierung schwarzer Menschen und Menschen of Color auf. Heute sind mehr schwarze Menschen, Latinx und BIPoC i.d. USA in Zwangsarbeit als zu Sklavenzeiten auf den Plantagen, die meisten wegen durch Armut bedingte Bagatelldelikte. Die politische Kriminalisierung von rassialisierten Menschen hat System. Es dient der Aufrechterhaltung von weißer Vorherrschaft in seinem hässlichsten Gewand. Und rassistische Polizei- und Staatsgewalt hat System, es ist gerade dazu /designt/ mündige Rechtssubjekte in einem Staat auf Kosten unmündiger nicht-Rechtssubjekte hervorzubringen. Rassistische Polizeigewalt ist seit George Floyd ein Mainstream-Thema. Und es übersteigt die Kapazitäten dieser Rede. Die konsequente Überwindung von Rassismus und Neo-Sklaverei ist für uns nicht ohne die konsequente Abschaffung der Institutionen Polizei und Gefängnis zu denken. Ich erinnere an Qosay Sadam Khalaf der vor 12 Tagen in Delmenhorst massivste Polizeigewalt erleben musste und in Haft verstorben ist. Er ist ein weiterer rassialisierter Toter, den die Polizei – milde gesagt - zu verantworten hat. All dies ist nicht neu: Von Oury Jalloh, Christy Schwundek, Hussam Fadl, Matiullah Jabarkhil, Aman Alizada und Mohamed Idrissi wissen wir, dass Opfer tödlicher Polizeigewalt nach ihrem Tod kriminalisiert werden, um die Gewalt gegen sie zu rechtfertigen. Selbst nach ihrem Tod werden sie kriminalisiert, um dieses perfide System aufrecht zu erhalten und gesellschaftlich zu legitimieren! Und eine weiße ignorante „Mehrheitsgesellschaft“ macht mit.

Sagt mir: Sind diese Gefangenen etwa keine politischen Gefangenen?

Zur Verschränkung von Patriarchat und Strafe will ich gar nicht viel sagen. Cis Frauen die genauso wie schwarze Menschen erst seit sehr kurzer Zeit als Rechtssubjekte vermeintlich gleichgestellt sind, und Flinta*, die vom Staat als existierende Subjekte gar nicht erst anerkannt werden, spüren die Folgen einer patriarchalen Ordnung, die durch sexualisierte Gewalt und die Trennung eines privaten und politischen Raums im vergeschlechtlichten Kapitalismus zur doppelten Ausbeutung und sozialen Reproduktion genötigt werden. Wer sich auflehnt, wird gesellschaftlich erniedrigt und diffamiert. Strafe genug, oder?

Einzig und allein weiße weibliche bürgerliche Subjekte vermag die Polizei zu schützen, wenn sie sich selbst zur Komplizin eines Kriminalisierungssystems macht: in der rassistischen Hetzjagd von Staat und Polizei kommt jede Anzeige wegen einem sexuellen Übergriff einer rassifizierten Person recht. In Deutschland zeigt sich eine Verschiebung des Diskurses zugunsten rassistischer Hetze: Sexualisierte Gewalt wird härter bestraft, oder auch: sexualisierte Gewalt wird

vom Staat instrumentalisiert. Und es wird als Errungenschaft einer feministischen Bewegung ausgegeben. Die Gesetzesnovelle von 2016 hat allerdings einen rassistischen Charakter, der von der Kölner Silvesternacht 2015/2016 weiterhin dazu beigetragen hat, dass rassialisierte und migrantisierte Männer unter Generalverdacht stellt. Wer ggü. Insbesondere weißen Frauen übergriffig wird, kann schneller abgeschoben werden. So wollte es die CDU und hat es kurz vor dem Erlass noch durchgesetzt. Dieselben Leute, die 20 Jahre zuvor dafür stimmten, dass Vergewaltigung in der Ehe straffrei bleibt.

Ist der Täter allerdings weiß darf die gute Bürger*in aber nicht allzusehr darauf hoffen, dass sie ernst genommen wird – und wird eher noch zum prügelnden und vergewaltigenden Ehemann wieder nach Hause geschickt, vielleicht bis er sie tötet. Jeden Tag versucht ein Mann seine Frau zu töten, jeden 3 Tag gelingt es.

Warum ich als linke Aktivist*in nicht auf Unterstützung von den Unsicherheitsbehörden hoffen darf, ist klar. Aber warum ich als Feminist*in gegen Strafverfolgung von sogenannten Sexualstraftätern kämpfe, ist vielen noch unklar: Denn anschließend an unsere Frage, wer ist Rechtssubjekt und wer wird kriminalisiert, muss die Gegeneinanderstellung von feministischen Kämpfen und antirassistischen Kämpfen aufgehoben, und in einen gemeinsamen Kampf verflochten werden.

Vor allem migrantische und rassifizierte Flintas* sind in ihrer Bewegungsfreiheit und ihrem alltäglichen Leben nicht nur durch sexualisierte und rassistische Übergriffe und Demütigungen aus der Zivilgesellschaft gefährdet. Sie trifft oft eine Doppel- und Dreifachgefährdung, da sie aufgrund von Hetero-Sexismus, Rassismus und Klassenhierarchien auch von der Polizei stigmatisiert und angegriffen werden. Das heißt, viele von ihnen können im Falle eines Angriffs von „außen“ nicht mal auf die zweifelhafte Unterstützung der Unsicherheitsbehörden hoffen. Selbst in Fällen in denen sie selber die Polizei rufen. Es gibt dutzende Beispiele von Flinta* of Color, die nach häuslicher und sexualisierter Gewalt zusätzlich von Polizeigewalt betroffen waren, einige mit Todesfolge.

In unserem Kampf gegen die Polizei und weitere kriminalisierende Institutionen müssen wir aber auch über den öffentlichen Raum hinausgehen. Schwarze, migrantisierte und Rom*nja und Sinti*zze Flinta*s erfahren Gewalt besonders in staatlichen Institutionen wie in Krankenhäusern, Jobcenters, und auch im sogenannten privaten Raum. Migrantisierte Sexarbeiter*innen erfahren Polizeigewalt bei ihrer Arbeit, im Bordell, oder in ihren Wohnungen. Geflüchtete Flinta*s erfahren Kriminalisierung und sexualisierte und körperliche Gewalt in den Lagern durch Security und Abschieberegime. Radikaler anti-rassistischer und anti-kapitalistischer Feminismus geht über die Trennung vom sogenannten öffentlichen und privaten Raum hinaus. Im unserem Kampf gegen Polizei müssen wir alle gewaltausübenden staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen in den Blick nehmen.

Die Kämpfe Schwarzer feministischer Abolitionist*innen entlarven neben der hegemonial männlichen Erzählung von Abolitionismus nicht nur ihre Verhafteth-

nit an weiße Vorherrschaft. Sondern auch, wie in der Geschichte weiße Feminist*innen zu Kompliz*innen von einer Fortsetzung der Kriminalisierung von rassialisierten Menschen werden. Der vergeschlechtliche Kapitalismus beutet weiße und flinta of color doppelt und dreifach aus & sexualisierte Gewalt im privaten und öffentlichen Raum muss als Teil eines komplexen Ausbeutungs- und Herrschaftssystems endlich begriffen werden!

Es ist also keine Doppelmoral, wenn wir Genossen darauf hinweisen, wenn sie rassistische Narrative reproduzieren. Es ist vielmehr eine Doppelmoral, den Staat und die Polizei zu verurteilen, wenn es um „die eigenen Leute“ geht und nach härteren Strafen für „die Anderen“ zu rufen.

Radikaler anti-rassistischer, anti-kapitalistischer, feministischer Kampf gegen Polizeigewalt und staatlich ausgeübte Herrschaft kann in der Konsequenz nur zu einer Schlussfolgerung und einer radikal Linken Forderung kommen: Gefängnisse abschaffen! Abolish the police!